

Antrag Nr. 21

der Fraktion **FCG/AAB-BAK**
an die 178. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 13.06.2025

LKW-Verkehr: „Kostenwahrheit“ implementieren, steuerliche Belastungen der Bürger:innen reduzieren, Sicherheit erhöhen

Ausweitung der LKW-Maut auf die Nutzung von Landes- und Gemeindestraßen

Außer Streit steht der grundsätzliche Versorgungszweck durch LKW-Transporte. Dennoch sind die damit verbundenen Nachteile für die Bevölkerung nicht angemessen berücksichtigt:

LKW-Verkehr verursacht hohe Kosten aufgrund von Abnutzung der Straßeninfrastruktur, Unfällen, Staus, Abgasen, Lärm und Klimaschäden. Gemäß einer Einschätzung des Verkehrsclub Österreich (VCÖ) belaufen sich diese jährlich auf ca. 4,2 Milliarden Euro. Dem stehen wesentlich geringere Einnahmen durch KFZ- und Mineralölsteuer für LKW in der Höhe von 1,5 Milliarden Euro gegenüber. Die Differenz muss von den österreichischen Steuerzahler:innen getragen werden.

LKW nutzen die Straßeninfrastruktur wesentlich stärker als PKW, konkret mit der vierten Potenz der Achslast eines Fahrzeugs. Jedoch besteht für LKW nur eine eingeschränkte Mautpflicht, nämlich bei über 3,5 Tonnen technisch zulässiger Gesamtmasse für die Nutzung von Autobahnen und Schnellstraßen, nicht aber für die Nutzung des wesentlich längeren Straßennetzes im Landes- und Gemeindebereich. Letzteres führt zu besonders hohen Kosten für die Allgemeinheit. LKW, die mautpflichtigen Straßen ausweichen, verstärken das Problem.

Hierbei ist Tirol besonders stark betroffen, einerseits durch die teure Straßen-Infrastruktur aufgrund der gebirgigen Topografie, andererseits aufgrund des hohen Aufkommens an Transit-LKW.

Entschärfung evidenter Sicherheitsrisiken

Offenkundig sind die aktuellen LKW-Kontrollen und Strafdrohungen in Österreich bei Weitem nicht angemessen, denn sehr häufig werden überschrittene Höchst-Fahrzeiten sowie überladene und technisch mangelhafte LKW festgestellt. Dies sind weitere Kosten- und Risikofaktoren für die österreichische Bevölkerung. Dem muss mit einer Verschärfung der Bedingungen entgegengetreten werden.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert den Bundesminister für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft sowie den Bundesminister für Finanzen auf, in gegenseitiger Abstimmung verkehrs- und finanzpolitische Maßnahmen zur angemessenen und ausgewogenen Bepreisung von LKW-Transporten vorzunehmen, insbesondere durch Ausweitung der LKW-Maut auf alle Straßen in Österreich.

Weiters werden die Bundesminister aufgefordert, sich auch auf europäischer Ebene für eine Revision der rechtlichen Bestimmungen des Güterverkehrs einzusetzen, die eine Orientierung an deren „wahren Kosten“ zentral in den Fokus nimmt, dies auch in Hinblick auf fairere Wettbewerbsbedingungen mit dem Schienen-Güterverkehr.

Zudem werden ein Ausbau der LKW-Kontrollen und eine massive Verschärfung der verwaltungsstrafrechtlichen Konsequenzen gefordert.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	--	---------------------------------------